

# Midlife-Crisis einer Diva

Es steht viel auf dem Spiel.

60 Jahre nachdem der Grundstein für die EU gelegt wurde, steckt sie in ihrer bisher größten Krise. Während die einen den Totengesang anstimmen, wollen die anderen aus der EU wieder eine Erfolgsgeschichte machen.

GERHARD SCHWISCHE

Die Europäische Union kämpft heute mit sich selbst wie seit ihren Gründerzeiten nicht mehr. Finanz- und Eurokrise sowie unkontrollierte Flüchtlingsströme haben das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Union schwer beschädigt. Genau 60 Jahre nachdem mit den Römischen Verträgen der Grundstein für einen Kontinent gelegt wurde, der das Gemeinsame über das Trennende gestellt hat, steht die Frage im Raum: Fällt Europa oder steht es wieder stärker auf als zuvor?

Statt in den großen Chor jener einzustimmen, die bewusst Totengräberstimme verbreiten, hält gerade eine von vorwiegend jungen Menschen getragene Bewegung ein drucksvoll dagegen. „Pulse of Europe“-Mitbegründer Hansjörg Schmitt ist ein 24-jähriger Rechtsanwalt und alleinerziehender Vater von zwei Kindern, der jetzt die „Zeit der Geschlossenheit und nicht die des Prestigs“ kommen sieht. „Es hilft nicht, auf einen angeschlagenen Patienten weiter einzutreten. Wir müssen schauen, dass wir ihn wieder aus der Intensivstation herausbekommen“, betont er im SN-Gespräch.

Die überparteiliche und unabhängige Bürgerinitiative „Pulse of Europe“ hat es von Frankfurt aus geschafft, dass derzeit jeden Sonntagmorgen nicht nur in knapp 50 Städten Deutschlands für und nicht gegen Europa angeredet und demonstriert

wird, sondern die Bewegung europaweit immer stärker wird. Nationalisten und Rechtspopulisten bestimmen zu lange schon die öffentliche Debatte. Und zwar so dominant, dass die regierenden Parteien immer stärker dabei sind, ihre Politik zu übernehmen.

Aktivistin wie Schmitt wollen das nicht länger so hinnehmen: „Wir müssen da etwas dagegen setzen, und das bedeutet für uns: runter von der Couch.“ Er rät dazu, zunächst einmal in die Geschichte zu blicken: „Die EU steht für Frieden in Europa, das ist das Allerwichtigste.“ Frieden? Erklären nicht seit Jahren die Politikexperten, dass sich Europa nicht mehr mit dem Friedensprojekt allein begründen lasse?!

Genau heute vor 60 Jahren, am 25. März 1957, haben in Rom sechs Staatsmänner aus der Montanunion heraus die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gegründet. Europa schien nach mehr als 60 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust endlich zur Vernunft gekommen zu sein. Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg wollten ein Europa ohne Krieg erbauen, ein Europa, in dem miteinander getreten und nicht aufeinander geschossen wird, ein Europa, das Grenzen und Mauern überwindet und das Gemeinsame in den Vordergrund stellt. „Nie wieder Krieg“ lautete das Motto.

Schon in der Montanunion, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), war es davor darum gegangen, auf nationale Souveränität zugunsten gemein-

samer überregionaler Entscheidungen zu verzichten. Neben den auf der Hand liegenden wirtschaftlichen Zielen, die Kohle- und Stahlproduktion aufeinander abzustimmen, war der politische Zweck schon damals klar: Die Schlüsselindustrien inklusive Rüstungsproduktion so zu verzahnen, dass einer allein nicht mehr losschlagen kann und alles unter wechselseitiger Kontrolle steht.

Dieses Friedenskonzept war so lange der feste Kitt, der Europa zusammengehalten hat, solange der Wohlstand wuchs und es

Die Eurokrise ist zu 90 Prozent überwunden.

Daniel Gros, Wirtschaftsforscher

immer mehr zu verteilen gab. Es war auch die Hauptantriebsfeder für eine kontinuierliche Erweiterung der EWG, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in der Europäischen Union, der Öffnung und Erweiterung nach Osteuropa und schließlich in der Einführung einer gemeinsamen Währung gipfelte. Die Gunst der historischen Stunde nach dem Zusammenbruch des Kommunismus nutzend, unterschätzte man jedoch die Gefahr, die EU zu rasch ohne eine dafür geeignete Verfassung zu schaffen. Man unter-

schätzte die Gefahr, den Euro ohne politische Union einzuführen. Stattdessen hoffte man, diese Mankos in weiteren Integrationsschritten bald ausmerzen zu können.

Die Realität hat die Europäische Union mit der Finanzkrise und der darauf folgenden Eurokrise viel schneller eingeholt als befürchtet. Der Crash der Banken hat Staaten wie Griechenland, Irland und Portugal in die Pleite getrieben. Hastig mussten Rettungspakete geschnürt werden, weil die Sicherungsmechanismen des Euro für solche Krisenfälle nicht ausreichten. Daniel Gros, Leiter des „Centre for European Policy Studies“, eines renommierten Thinktanks in Brüssel, ist heute überzeugt, dass die Eurokrise mit den nachträglichen Reparaturen der Währungsunion zu 90 Prozent überwunden sei, auch wenn noch nicht alles perfekt sei.

Politisch war der Euro bisher aber keinesfalls der gewünschte europäische Identitätsstifter. Im Gegenteil: Die unterschiedlichen Wirtschaftskonzepte der ehemaligen Hartwährungsländer Nordeuropas liegen noch heute im Clinch mit dem alten Weichwährungsdenken des Südens. Sonja Puntischer-Riekmann, Leiterin des Salzburger Centre of European Union Studies, sieht den fehlenden Konsens, mit welchem ökonomischen Modell man die Disbalancen in den Eurostaaten ausgleichen soll, als weiterhin großes Problem: „Einigkeit wäre das Gebot der Stunde, um nationalen Egoismen ein Ende zu setzen. Ich sehe aber das Gegenteil.“ Die Folge davon ist, dass zum Beispiel die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und

ihre Finanzminister Wolfgang Schäuble in Südeuropa zu großen Feindbildern wurden, sie werden für hohe Arbeitslosigkeit und Sozialabbau durch harte Sparmaßnahmen verantwortlich gemacht.

Die Rechts- und Linkspopulisten nutzen diese Risse im europäischen Gefüge konsequent für ihre Zwecke aus. Die Europa-Gegner trampeln dabei gnadenlos auf dem Grundkonsens der Union herum. Die Briten verabschieden sich endgültig von der europäischen Solidarität, von der sie ohnehin nie viel gehalten haben. In Frankreich macht Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen mit dem Austritt aus EU und Euro Wahlkampf, indem sie sagt, sie wolle nicht die „Vizekanzlerin von Angela Merkel“ sein. In Osteuropa sind die Polen und Ungarn drauf und dran, alles zu tun, um noch mehr Sand ins europäische Getriebe zu streuen. Und dann kommt auch noch der amerikanische Präsident Donald Trump, der mit „America first“ und dem Wunsch, die EU möge zerfallen, Öl ins Feuer gießt.

Das Vereinigte Europa sei notwendig, weil man die Herausforderungen einer globalisierten Welt nicht anders meistern könne: Das wurde und wird den Menschen von überzeugten Europäern ständig gepredigt. Doch gerade in den großen Fragen, von der Eurokrise bis zu den nicht ausreichend geschützten Außengrenzen im Zusammenhang mit den Flüchtlingen, die nach Europa drängen, fehlen derzeit die überzeugenden Antworten. Von den ungelösten sozialen Problemen, die mit der Digitalisierung des Wirtschaftslebens und der Globalisierung

zusammenhängen, gar nicht zu reden. Dass man „Europa“ offenbar auch in den kleineren Dingen schleifen lasse, zeigt ein Befund der Salzburger EU-Abgeordneten Claudia Schmidt (ÖVP): „Es wird tagtäglich europäisches Recht gebrochen, und zwar genau von den 28, die die Regeln jahrelang mitausgehandelt haben. In Österreich wäre der Teufel los, wenn die neun Bundesländer über 800 Mal pro Jahr bewusst gegen Bundesgesetze verstoßen würden.“

Puntscher-Riekmann verfällt dennoch nicht in Depression und verweist auf die Stimmung in der Bevölkerung, die nach allem, was Meinungsforschung könne, viel besser sei als vielfach dargestellt. „Ich bin überzeugt davon, dass die Menschen nach wie vor eher mehr als weniger von der EU erwarten. Was wir aber dringend benötigen, sind mehr Demokratie und mehr Debatte.“ Daniel Dettling, Leiter des Zukunftsinstituts in Berlin, spricht von einem „Europa in den Wechseljahren“. Die einstige Vision der Eliten von den Vereinigten Staaten von Euro-

pa, also von einem Zentralstaat, werde heute auf jeden Fall abgelehnt, sagt Dettling. „Ein Ende des Nationalstaats wird es in den nächsten Jahrzehnten nicht geben.“

Eine der entscheidenden Aufgaben der EU werde es in Zukunft sein, die Globalisierung stärker mit der lokalen Ebene zu verbinden. Dettling nennt das „Glokalisierung“, die Bürger seien viel stärker als bisher in die Entscheidungen mit einzubinden. Gerade in ländlichen Regionen, auch die jüngsten Erfahrungen der Wahlen in Großbritannien und den USA hätten das gezeigt, wachse der Frust unter den Menschen, weil sie ihrer Meinung nach nichts mehr zu sagen hätten. „Und aus diesem Frust heraus wählen sie dann die Populisten.“

Othmar Karas, seit 1999 im Europaparlament, hat trotz aller Rückschläge und des Spielens mit der Stimmungsschieflage, wie er den derzeitigen Zustand in Brüssel nennt, ebenfalls nicht den Glauben an die Zukunft Europas verloren. Für ihn wurde die EU insgesamt drei Mal neu gegründet. Zuerst waren die Römischen Verträge, und was dann bis zum Fall des Eisernen Vorhangs folgte, eine überzeugende Antwort auf den Krieg. Nach dem Ende der erzwungenen Zweiteilung Europas entwickelte sich das Friedensprojekt weiter zum Projekt der Vereinigung von Ost- und Westeuropa. Jetzt gehe es darum, Europa als Antwort auf die Globalisierung neu aufzustellen.

Konkret bringt es die Politologin Puntischer-Riekmann so auf den Punkt: „Wir benötigen eine Wirtschafts- und Fiskalunion mit Stabilisatoren wie einer europäischen

Arbeitslosenversicherung.“ Das bräute ihrer Meinung nach auch eine ganz andere Identifikation mit der europäischen Idee. Auch Zukunftsforscher Dettling spricht von einer „Sozial- und Bürgerunion“ mit sozialen Mindeststandards. „Die Leute, die subjektiv Angst haben vor den großen Veränderungen, brauchen eine objektive Antwort auf diese Veränderungen.“

Das heißt, Globalisierung zu gestalten und nicht geschehen zu lassen. Das heißt, die Grenzen Europas nach außen besser zu schützen, um nicht innerhalb des Kontinents wieder Mauern entstehen zu lassen. Das heißt, in der Währungsunion nach dem ersten und zweiten Schritt das Projekt endgültig sattelfest zu machen. Das heißt, in der Verteidigungspolitik näher zusammenzurücken, vor allem wenn durch die neue Politik der USA und der Türkei auch die NATO an Schlagkraft verliert.

Dettling ist überzeugt: „Der Brexit, wenn er überhaupt kommt, wird wie ein Katalysator wirken. Die Leute werden merken, was wirklich auf dem Spiel steht. Nämlich Sicherheit, Wohlstand und Frieden.“ „Die Leute“, die sich in Bürgerbewegungen wie „Pulse of Europe“ sammeln, können dabei für Ulrike Lunacek, grüne Vizepräsidentin im Europaparlament, der entscheidende Faktor sein, weil sie die Debatte neu und positiv befeuern. „Pulse of Europe“-Mitbegründer Schmitt betont denn auch: „Mit der EU ist es wie mit der Gesundheit. Wenn man gesund ist, nimmt man das als selbstverständlich hin. Wird man krank, läuft man der Gesundheit hinterher.“

## EUROPÄISCHES FAMILIENDRAMA

### Vertragsverletzungsverfahren, Top 6 Last 6

inklusive Österreich

Land	Datum	Finanzstrafe
Italien	3. 12. 2014	€ 40.000.000
Spanien	20. 6. 2014	€ 30.000.000
Belgien	17. 10. 2013	€ 10.000.000
Tschechien	25. 6. 2013	€ 750.000
Schweden	20. 5. 2013	€ 3.000.000
Irland	19. 12. 2012	€ 2.000.000
Irland	19. 12. 2012	€ 1.500.000

### Nettozahler & Nettoempfänger, Top 6 Last 6

in Mill. Euro, inklusive Österreich

## DIE SCHLIMMSTEN BEZIEHUNGSPROBLEME

### DEUTSCHLAND

Hat ab 2016 eine MIL Rückfrage nicht zurückgeschoben – Kritiker sehen das als eigentlichen Auslöser der großen Flüchtlingswelle. Dann verlangte Deutschland auch noch, dass alle EU-Länder Teile der Flüchtlinge aufnehmen, die dann kamen.

Die EU-Kommission will, dass alle EU-Staaten sparen und ihre Defizite einschränken. Was Deutschland forciert, die Südeuropäer und Frankreich aber maßlos ärgert.

Die Pkw-Steuer für Nicht-Deutsche lässt nicht nur in Österreich die Wagen hochgehen.

Manche griechische Zeitungen brüsten Angela Merkel als Hitler-Verschnitt ab. Grund ist die harte deutsche Politik gegenüber Griechenland.

Viele Nachbarn finden, Angela Merkel spiele sich generell nur Herrin über Europa auf.

### GROßBRITANNIEN

Der Brexit war nur der letzte Streich über immer schon EU-skeptischen Briten. Bist bei Helsinki Point ein neues Atomkraftwerk, was Österreich mit allen Mitteln bekämpft.

Erdämpfte sich unbillige Ausnahmeregelungen und Bevorzugungen.

Die Kanarische im Besitz der britischen Krone sind eine berüchtigte Steuerzoo.

Sehr viele Polen sind nach Großbritannien ausgewandert, was dort zu Spannungen und politischer Aufregung führt.

Polen wehrt sich vor allem dagegen, Flüchtlinge aufzunehmen, die nicht katholisch sind.

### UNGARN

Die rechtsnationalistische ungarische Regierung von Viktor Orbán dominiert systematisch die Demokratie, finden viele westliche Nachbarn. Orbán gilt auch als Freund Putins – und lässt sich von diesem ein Atomkraftwerk bauen.

Mit einem Budgetgesetz aus 2014 wurden die Nutzungsgewichte ausländischer Bodenbesitzer gefährdet, 200 Österreicher waren betroffen.

Die EU-Partner sehen massive Probleme beim Schutz von Flüchtlingen und Minderheiten in Ungarn.

### FRANKREICH

Hat ein chronisch zu hohes Budgetdefizit.

Frankreich verteidigt seit Jahren, dass EU-Agrarförderungen in zukunftsfähigere Branchen umgeschichtet werden.

Der antieuropäische Front National treibt die gesamte französische Politik vor sich her.

Neigt dazu, Staatsbetriebe durch Tricks mit Steuergeld zu stützen.

### ITALIEN

Ist ein ständiger Ständer wider den Maastricht-Pakt; seine Staatsschuld ist doppelt so hoch wie erlaubt.

Mit der fünf-Sternen-Bewegung gewinnen auch hier die EU-Gegner mehr politischen Einfluss.

### NIEDERLANDE

Wettbewerbsvorteile wie Starbucks erhalten in den Niederlanden normalerweise illegalen Steuerstatus.

Im April 2016 sagten die Niederländer im ersten Anlauf Nein zum EU-Ukraine-Abkommen. Bereits 2005 verhielten sie gemeinsam mit Frankreich eine EU-Verfassung.

### ÖSTERREICH

Außenminister Sebastian Kurz vereinbarte Anfang 2016 mit den Balkanstaaten, dass diese keine Flüchtlinge mehr durchlassen. Für Deutschland ein heftiger Alleingang, für Griechenland ein Bienenproblem – denn dort saßen die Flüchtlinge dann fest.

Salzburg hat gerade eine 30-Millionen-Euro-Straße ausgeführt. Grund: Man hat vor dem Finanzkandal falsche Budgetzahlen nach Brüssel gemeldet.

### SPANIEN

War in den letzten Jahren meilenweit von den EU-Budgetzielen entfernt.

Wünscht sich eine europäische Arbeitslosenversicherung – ein Albtraum für die reicheren Staaten.

EU-Fördermilliarden verwickelten dort zum Teil sinnlos, lauzt die Kritik.

### IRLAND

Bereit eine sehr aggressive Steuerpolitik, um internationale Unternehmen anzulocken; die zahlen von ihren Milliardengewinnen dann kaum Steuern.

Hätte 2008 beinahe den Vertrag von Lissabon gekippt; erst beim zweiten Versuch sagen die Irn in einem Referendum Ja.

### SLOWAKEI

Hunderttausende billige Arbeitskräfte, die suspendiert, machen vor allem Österreich extrem nervös – durch sie steigt angeblich die Arbeitslosigkeit.

Weigerte sich wie viele Nachbarstaaten, eine ernst zu nehmende Zahl an Flüchtlingen aufzunehmen.

### GRIECHENLAND

Gilt immer als Ausstiegskandidat; nach der Finanzkrise kollabierte die Wirtschaft ansehend; ein niedriges Bankennetzkapital der europäischen Nachbarn korrekte Milliarden.

Wirtschaft, Risiko und Verwaltung gelten als generell ineffizient.

Enorme Steuerprivilegien für Schlüsselindustrien gelten nicht als EU-konform.